

# Streit um Steuergeschenke für Familien

**CVP-Familieninitiative** Am 8. März entscheidet das Volk, ob Familienzulagen künftig steuerfrei sein sollen

VON ANTONIO FUMAGALLI

## 1 Was verlangt die Initiative?

Familien mit Kindern haben in der Schweiz Anspruch auf Kinder- und Ausbildungszulagen. Gemäss geltendem Recht werden diese zum Einkommen dazugerechnet und unterliegen demnach den Einkommenssteuern. Geht es nach der CVP, soll sich das nun ändern: Ihre Initiative verlangt, dass die Familienzulagen von den Steuern befreit werden und den Familien damit in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

## 2 Schenken diese Zulagen ein?

Seit 2009 gibt es eine Untergrenze: Eltern erhalten monatlich mindestens 200 Franken Kinder- und mindestens 250 Franken Ausbildungszulagen. Die Kantone sind aber frei, höhere Beiträge zu bezahlen. Über ein Drittel macht davon Gebrauch, so erhalten Familien in Zug oder in Genf etwa 300 Franken Kinderzulagen pro Monat und Kind.

## 3 Wer finanziert die Beiträge?

Für Arbeitnehmende sind es die Arbeitgeber in Form von Lohnprozentsätzen, bei Selbstständigerwerbenden sind es sie selbst. Bei Nichterwerbstätigen mit geringem Einkommen bezahlt der Kanton oder die Gemeinde.

## 4 Wer profitiert von der Initiative?

Das kommt auf den Wohnort und die finanziellen Verhältnisse an. Der Bundesrat nimmt in der Abstimmungsbroschüre ein Einverdienerehepaar als Beispiel, das in der Stadt Basel wohnt und zwei Kinder hat: Beträgt der Bruttolohn tiefe 50 000 Franken, spart die Familie bei den Einkommenssteuern nichts - sie bezahlt ohnehin keine direkten Bundessteuern. Bei einem Bruttolohn von 100 000 Franken reduzieren sich die Einkommenssteuern jährlich um 1167 Franken, bei einem Lohn von 200 000 Franken sind es 1795 Franken. Würde dieselbe Familie in Zürich wohnen, könnte sie bei einem Bruttolohn von 200 000 Franken pro



Die CVP-Familieninitiative will Eltern finanziell entlasten – doch die Art und Weise ist umstritten.

KEYSTONE

Jahr Einkommenssteuern in der Höhe von 1828 Franken sparen, in Genf von fast 3000 Franken.

## 5 Was kostet ein Kind überhaupt?

Dieser Frage hat sich das Bundesamt für Statistik (BFS) im letzten Frühling angenommen. Demnach betragen die direkten Kinderkosten bei Paaren mit einem Kind monatlich 942 Franken. Bei zwei Kindern sind es wegen des reduzierten Aufwands noch 754 Franken pro Kind, bei drei 607 Franken. Wenn jemand sein Kind alleine erzieht, kostet

es noch mehr: Pro Monat über 1200 Franken. Das BFS hat für seine Berechnungen nur die anfallenden Konsumausgaben der Eltern in Erwägung gezogen, die Zeitkosten jedoch nicht.

## 6 Was stört die CVP an der aktuellen Regelung?

Für die selbstdeklarierte Familienpartei macht es keinen Sinn, dass der Staat einerseits Familien mit Zulagen unterstützt, einen Teil davon über die Steuern aber gleich wieder einkassiert. Dies widerspreche dem Grundsatz der Be-

steuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die CVP stört insbesondere, dass Familien aufgrund der Zusatzeinnahmen in eine höhere Progression fallen und dadurch mehr Steuern bezahlen müssen.

## 7 Wer unterstützt neben der CVP die Initiative sonst noch?

Im Parlament hatte die Vorlage keine Chance: Nachdem der Bundesrat ein Nein empfohlen hatte, lehnte der Nationalrat die Initiative mit 131 zu 39 Stimmen ab, der Ständerat mit 27 zu 14.

Doch so klar ist die Sache mittlerweile nicht mehr, wie ein Blick aufs Initiativkomitee zeigt: Dort sind über drei Dutzend SVP-Parlamentarier aufgeführt. Die offizielle Parole fasst die grösste Partei des Landes am 24. Januar. Ebenfalls im CVP-Boot sitzen die EVP und die EDU. Auf der Gegenseite formiert sich eine breite Allianz, bestehend aus FDP, GLP, BDP, SP und Grünen.

## 8 Was sind die Argumente der Gegner?

Sie sagen, dass die Initiative nicht zielführend sei - denn in erster Linie würden einkommensstarke Familien profitieren. Zudem müsste die Bundeskasse bluten: Der Bund rechnet bei einem Jahr zur Initiative mit Mindereinnahmen von jährlich 200 Millionen Franken bei der direkten Bundessteuer und mit 760 Millionen Franken bei den Kantons- und Gemeindesteuern. Es wird befürchtet, dass in der Folge Sparpakete geschnürt werden müssten, unter denen letztlich alle leiden - gerade auch die wenigverdienenden Familien. Der Bundesrat möchte Familien zwar ebenfalls unterstützen, jedoch mit anderen Massnahmen wie etwa mit Abzügen für die Fremdbetreuung von Kindern.

## 9 Hat die Initiative Chancen?

Noch ist der Abstimmungskampflau, die Parteien kommen erst langsam in die Gänge. Heute präsentiert der Bundesrat seine Argumente gegen die Initiative. Viel wird davon abhängen, wie sich die Basis der SVP zur Initiative stellt. Hat sie der CVP verziehen, dass diese der SVP-Familieninitiative vor einem guten Jahr einen Korb erteilt hatte? Steht die SVP hinter der Vorlage, könnte es durchaus zu einer Überraschung kommen - zumal hinter vorgehaltener Hand auch vereinzelte Linke Sympathien für die Initiative hegen.

Über den Abstimmungskampf halten wir Sie online auf dem Laufenden.

## «Kinder dürfen nicht zum Armutsrisiko werden»

Kinder- und Ausbildungszulagen haben eigentlich die Aufgabe, die Mehrbelastung von Familien zu mildern

Kinder? Ja, nein, vielleicht ...? Dieser Entscheid ist ein höchst persönlicher und muss von jedem Elternteilpaar für sich selber entschieden werden. Für mich ist Kinder haben zu dürfen ein Wunder und ein Glück. Wo wäre unsere Gesellschaft ohne Kinder? Wir alle wissen es aber: So schön und wichtig es ist, Kinder zu haben, so herausfordernd ist es.



**PRO**

Elisabeth  
Schneider-Schneiter  
Nationalrätin CVP, Baselland

Familien brauchen eine familiengerechte Betreuungsform, familienfreundlichen und bezahlbaren Wohnraum und gute Bildungsstrukturen. Familien brauchen vor allem aber auch eine gesicherte finanzielle Existenz, denn Kinder haben ihren Preis. Eine Studie des Bundesamtes für Statistik gibt die direkten Kosten mit 942 Franken pro Monat und Kind an. Steigende Krankenkassenprämien und wegfallende Prämienverbilligungen verschlechtern die Situation der Familien zunehmend. Kinder- und Ausbildungszulagen hätten eigentlich die Aufgabe, diese Mehrbelastung zu mildern, um Kinder nicht zum Armutsrisiko werden zu lassen. Unser aktuelles Steuersystem lässt nun aber einen wesentlichen Teil dieser - grösstenteils von den Arbeitgebern finanzierten Zulagen - wieder dem Fiskus zufließen.

Und damit nicht genug. Die Kinder- und Ausbildungszulagen kommen einer Lohnerhöhung gleich und lassen Familien in eine höhere Steuerprogression rutschen. Das kann doch nicht im Sinne dieser Zulagen sein.

Die Initiative der CVP setzt genau dort an. Den Familien soll am Ende des Monats wieder mehr Geld im Portemonnaie bleiben - und zwar unabhängig vom gewählten Lebens- oder Erwerbsmodell. Zudem kann es nicht Sinn der Zulagen sein, dass die Arbeitgeber die Familien auf der einen Seite unterstützen und der Staat diesen auf der anderen Seite einen Teil dieser Unterstützung wieder wegnimmt. Ist es richtig, dass die Wirtschaft 5 Milliarden Franken an Kinder- und Ausbildungszulagen auszahlt und der Staat einen grossen Teil davon den Familien wieder in Form von Steuern abknöpft?

Werden Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit, dann kommen sie direkt und ohne Verluste den Familien zugute. Kinder zu haben wäre nicht einfach nur Wunder und Glück, sondern auch bezahlbarer. Wo wir im Jahr 1964 noch 2,7 Kinder pro Frau hatten, sind es heute noch 1,5. Und um den viel zitierten 9. Februar des letzten Jahres noch heranzuziehen: Hätten wir keine Zuwanderung, würde die Bevölkerung schrumpfen. Woher nehmen wir die Arbeitskräfte, die uns heute schon so zahlreich fehlen, wenn wir weder Zuwanderer noch Kinder haben? Ein Grund mehr, der Initiative zuzustimmen.

Werden Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit, dann kommen sie direkt und ohne Verluste den Familien zugute. Kinder zu haben wäre nicht einfach nur Wunder und Glück, sondern auch bezahlbarer. Wo wir im Jahr 1964 noch 2,7 Kinder pro Frau hatten, sind es heute noch 1,5. Und um den viel zitierten 9. Februar des letzten Jahres noch heranzuziehen: Hätten wir keine Zuwanderung, würde die Bevölkerung schrumpfen. Woher nehmen wir die Arbeitskräfte, die uns heute schon so zahlreich fehlen, wenn wir weder Zuwanderer noch Kinder haben? Ein Grund mehr, der Initiative zuzustimmen.

Werden Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit, dann kommen sie direkt und ohne Verluste den Familien zugute. Kinder zu haben wäre nicht einfach nur Wunder und Glück, sondern auch bezahlbarer. Wo wir im Jahr 1964 noch 2,7 Kinder pro Frau hatten, sind es heute noch 1,5. Und um den viel zitierten 9. Februar des letzten Jahres noch heranzuziehen: Hätten wir keine Zuwanderung, würde die Bevölkerung schrumpfen. Woher nehmen wir die Arbeitskräfte, die uns heute schon so zahlreich fehlen, wenn wir weder Zuwanderer noch Kinder haben? Ein Grund mehr, der Initiative zuzustimmen.

## DIE DEBATTE

### Darum geht es

Die **Familieninitiative der CVP** will Kinder- und Ausbildungszulagen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene von den Steuern befreien. Sie wurde am 5. November 2012 mit dem Titel «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» mit 118 425 gültigen Unterschriften eingereicht. Bundesrat und eidgenössischen Räte empfehlen die Initiative der CVP zur Ablehnung.

Was ist Ihre Meinung?  
Diskutieren Sie online mit.  
Pro und Kontra

## «Die Entlastung hilft nicht und verhindert Wichtigeres»

Kinder- und Ausbildungszulagen sind Einkommensergänzungen und gehören nach unserem Steuersystem besteuert

Die sogenannte Familien-Initiative aus der Feder der CVP kommt sehr sympathisch daher. Kinder- und Ausbildungszulagen steuerlich befreien, das ist so sympathisch, dass man nicht darum herumkommt, mit einem Lächeln daran zu denken, dass die Volksinitiative genau im Wahljahr zur Abstimmung kommt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Klar ist aber, dass die grundsätzliche Forderung, Familien mit Kindern zu entlasten, nicht einfach sympathisch, sondern schlicht und ergreifend richtig ist. Die zentrale Frage ist nicht das «Ob», sondern das «Wie».

Ist die vorgeschlagene Massnahme zielgerichtet? Meiner Meinung nach ist sie es eben leider nicht. Schon heute wird im Steuerrecht den Kinderkosten zu Recht mit entsprechenden Abzügen Rechnung getragen. Dank dem Abzug für Kinderfremdbetreuungskosten und dem Eltern tarif bezahlt inzwischen rund die Hälfte der Haushalte mit Kindern keine direkte Bundessteuer mehr. Also profitieren bei einer weiteren Entlastung gerade finanziell schlechtgestellte Familien gar nicht. Bis zu einem Einkommen von 100 000 Franken hat die Initiative keine oder so gut wie keine Wirkung.

Steuersenkungen unterstütze ich an sich sehr gerne. Gerade im Steuerrecht gibt es aber Grundsätze, die eingehalten werden müssen - wie zum Beispiel die Besteue-

runge nach Leistungsfähigkeit. Kinder- und Ausbildungszulagen sind Einkommensergänzungen. Und steuersystematisch gehören Einkommen besteuert, weil sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Person erhöhen. Vor allem aber: Wenn wir hier einen ersten Schritt machen, dann müssten auch in anderen Gebieten solche Zulagen von der Besteuerung ausgenommen werden. Warum nicht auch Waisenrenten? Und und

und. Das öffnet die Büchse der Pandora und ist für mich der springende Punkt. Der Bundesrat schätzt die Mindereinnahmen einer Steuerbefreiung bei der direkten Bundessteuer auf jährlich rund 200 Millionen Franken. Bei den Kantons- und Gemeindesteuern wäre mit Ausfällen von jährlich rund 760 Millionen Franken zu rechnen.

Das stört mich grundsätzlich nur deshalb, weil ich der Meinung bin, dass diese Entlastung nicht wirklich hilft und deshalb andere Entlastungen, die dringender und wichtiger sind, verhindert. Zudem bin ich als überzeugter Föderalist der Meinung, dass die Familienförderung primär eine Aufgabe der Kantone ist und nicht des Zentralstaates. Verfallen wir jetzt nicht in Wahlkampfaktivismus, sondern sagen Nein zu dieser Initiative und entscheiden nach einer vom Bundesrat angekündigten Auslegeordnung über die sinnvollsten Entlastungen von Familien mit Kindern.